



Wirtschaftsminister
Garrelt Duin (SPD)

Kündigungen bei Opel verhindern

Fraktionen im Ziel einig, die Arbeitsplätze in Bochum zu erhalten

13. Dezember 2012 – Auf Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN (Drs. 16/1667) wurde im Plenum die Lage bei Opel diskutiert. Anlass war die Ankündigung von Opel bzw. seinem Mutterkonzern General Motors (GM), die Endmontage von Fahrzeugen in Bochum 2016 zu beenden. Alle Fraktionen waren sich darüber einig, dass es Entlassungen in die Arbeitslosigkeit nicht geben dürfe und dass das Unternehmen dafür in die Verantwortung genommen werden müsse.

Obwohl die Zukunft der Endmontage seit längerem diskutiert worden sei, sei der vergangene Montag ein bitterer Tag für Bochum und ganz Nordrhein-Westfalen gewesen, wertete **Thomas Eiskirch** (SPD) das von GM verkündete Aus für die Bochumer Opel-Automobilproduktion. Die Beschäftigten und ihre Familien seien fassungslos und wütend über die rigide Informationspolitik des Managements. Opel müsse sich aber seiner Verantwortung gegenüber der Belegschaft stellen, forderte Eiskirch, und betriebsbedingte Kündi-

Versprechen, die Komponentenfertigung weiterzuführen, so **Schneckenburger**, müsse GM jetzt einstehen, erst dann könne aus dem anstehenden Wandel auch eine Chance für den Standort Bochum werden.

Der CDU-Abgeordnete **Christian Haardt** warf der Landesregierung mangelnde Initiativkraft vor. Die wirtschaftspolitischen Seismografen der SPD hätten versagt. Der Wirtschaftsminister habe erst aus der Presse über die Einstellung der

keinen betriebsbedingten Kündigungen komme. In dieser schwierigen Situation müsse der Blick aber jetzt nach vorn gerichtet werden, so **Brockes**. Wichtig sei, sich mehr um die Zukunft zu kümmern als um die Vergangenheit. GM müsse daher dafür Sorge tragen, dass der Standort Bochum trotz der schwierigen Lage auf dem Automarkt eine neue Perspektive bekomme. Das müsse die Landesregierung von GM einfordern, damit Innovationen wieder eine Chance hätten.

Die Konzernleitung von General Motors müsse sich in die Pflicht nehmen lassen, forderte **Monika Pieper** (PIRATEN) bezüglich der Entscheidung für das Opel-Aus in Bochum. Der Konzern sei weder ehrlich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgegangen, noch habe er Bochum zu einem zukunftsfähigen Standort ausbauen wollen. Pieper kritisierte die Strategie des Unternehmens. Dieses habe „auf Kosten der Arbeitnehmer amerikanische Management-Azubis der Konzernmutter GM durch die deutschen Opel-Vorstände“ geschleust. Deren durchschnittliche Verweildauer von drei Jahren in den Unternehmen der Opel-Gruppe zeuge nicht von einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Konzernpolitik.

Die Landesregierung lasse die Verantwortlichen in Bochum nicht allein, sagte **Wirtschaftsminister Garrelt Duin** (SPD). So wolle man im Rahmen einer „Bochum Perspektive 2022“ mit allen Be-



Fotos: Schälte

Thomas Eiskirch (SPD)

Daniela Schneckenburger (GRÜNE)

Christian Haardt (CDU)

Dietmar Brockes (FDP)

Monika Pieper (PIRATEN)

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

gungen dürften auch nach 2016 nicht stattfinden. Bochum brauche eine Zukunftsperspektive als starker Industriestandort, dafür müsse Opel ein entsprechendes Konzept entwickeln.

Das Aus für Opel „ist ein herber Schlag“, sagte **Daniela Schneckenburger** (GRÜNE). Nicht nur die Opelbeschäftigten, sondern auch über 20.000 Menschen in der Automobilzulieferindustrie würden um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze bangen. Die Hauptschuld für die wirtschaftliche Schiefelage von Opel liege beim Mutterkonzern GM, der sich auf Kosten der europäischen Werke Liquidität für sein USA-Geschäft gesichert habe. Deswegen sei auch ein möglicher Verkauf von Opel verhindert worden. Für das

Endmontage in Bochum erfahren, der frühere Ministerpräsident Rüttgers hingegen habe in der Vergangenheit durch direkte Verhandlungen Standortschließungen verhindern können. In Richtung Landesregierung sagte Haardt: Es dürfe nicht nur Solidaritätsbekundungen geben. So müsse es beim klaren Bekenntnis für eine Auto-Produktion bleiben; auch auf letzte Rettungsversuche dürfe nicht verzichtet werden. Der GM-Konzern müsse sich seiner Verantwortung stellen.

Die Beschäftigten von Opel hätten einen großen Beitrag zum Erhalt des Unternehmens geleistet, lobte **Dietmar Brockes** (FDP) das bisherige Engagement der Belegschaft. Deswegen müsse GM zu seinem Wort stehen, dass es auch tatsächlich zu

teiligten über Lösungen sprechen. „Wir wollen den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen. Wir wollen in Bochum eine hochwertige Komponentenförderung“, so Duin. Das Unternehmen müsse einen spürbaren Beitrag für eine mögliche Entwicklungsgesellschaft leisten.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) wies die Kritik an ihrer Rolle bei der Koordinierung von Gesprächen mit GM auf Länderebene zurück und bezeichnete den „Versuch, die Standorte gegeneinander auszuspielen“, als der Sache „unwürdig“. Landesbürgschaften für den Zulieferer Magna, wie sie bei der geplanten Opelrettung 2009 im Gespräch waren, würde sie heute auch wieder unterstützen.

zei